

Datum: 26. April 2012

Öko-Industriepark statt Bitburg Airport

Katharina Hammermann

Anstelle eines Flughafens sollen neue Gewerbebetriebe und ein Energiepark auf dem Gelände des Flugplatzes Bitburg entstehen. Dies haben Vertreter von Bund, Land und Kommunen am Donnerstag entschieden.

Bitburg. Noch immer gibt es für die Zukunft des Flugplatzes Bitburg nicht sehr viel mehr als eine Vision. Doch sieht die seit Donnerstag grundlegend anders aus als in den vergangenen 18 Jahren. Denn der Bund, das Land und die Vertreter der Kommunen vor Ort haben gestern endgültig das Ziel aufgegeben, in Bitburg einen großen Flughafen anzusiedeln.

In ihrem ersten Treffen hat die Lenkungsgruppe ein neues Ziel festgehalten: Das 190 Hektar große Konversionsgelände soll zu einem Energie- und Gewerbepark werden. Statt nördlich von Bitburg auf der grünen Wiese Flächen zu erschließen, sollen Rollbahn und Co. nun Betrieben eine neue Bleibe bieten. "Es liegen uns auch schon Anträge vor", sagt Joachim Streit, Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm.

Die Flächen, die in den kommenden Jahrzehnten absehbar nicht für Gewerbe benötigt werden, sollen der Erzeugung erneuerbarer Energien dienen. "Normale Photovoltaik und Windkraft finde ich aber langweilig", sagt Streit, der sich dort Energiepflanzenplantagen vorstellen könnte, eine Anlage, die den Grünabfall aus dem Kreis in Wärme verwandelt oder neuartige Energietechniken. Das Land, dessen grüne Wirtschaftsministerin Eveline Lemke sich für einen Energiepark am Flugplatz einsetzt, will nun eine Arbeitsgruppe gründen, die sich dem Thema widmet.

Bis Oktober sollen die zuständigen Gremien über die neuen Planungen abstimmen. Dies sind: der Kreistag Bitburg-Prüm, der Stadtrat Bitburg, der Verbandsgemeinderat Bitburg-Land und die Ortsgemeinderäte von Röhl und Scharbillig. Volksfreund-Umfragen in Kreistag und Stadtrat legen nahe, dass sich hierfür Mehrheiten finden könnten.

Deutlich schwieriger dürfte es werden, die nötige Zustimmung der Flugplatz GmbH (siehe Hintergrund) zu erhalten. Denn deren Aufsichtsratsvorsitzender Michael Billen hatte bereits angekündigt, weiterhin nach einem Investor suchen und das alte Ziel der GmbH verfolgen zu wollen: die große fliegerische Nutzung. Billen war gestern nicht zu erreichen. Ebenso wenig wie der mit seinen Flughafenplänen gescheiterte Projektentwickler Frank Lamparski, dem mehr als 40 Prozent der GmbH gehören.

Wie es mit der Sportfliegerei in Bitburg weitergeht, ist ungewiss. Streit will diese nicht länger mit Steuergeld finanzieren. "Wenn uns dafür jemand Geld zahlt, dann wären wir bereit zu verkaufen", sagt Frank-Michael Kreis von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der das riesige Gelände gehört. Kurz: Auch diese Vision für den Bitburger Flugplatz hat noch einige Hürden zu überwinden, ehe sie Realität werden kann.

Meinung

Endlich!

Der Traum vom Fliegen hat in Bitburg viel Zeit bekommen, viel Geld verschlungen und vielen anderen Chancen den Weg versperrt. Gut, dass sich (fast) alle Beteiligten nach 18 Jahren nun endlich darauf verständigen, dass dieser Traum gescheitert ist. Gut, dass sie nun realistische Pläne machen, mit denen sich auch Geld verdienen lässt. Ein Mix aus Gewerbe und erneuerbaren Energien klingt machbar und sinnvoll. Was diesen Plänen im Weg steht, ist die Flugplatz GmbH, deren Chef Michael Billen seinen Traum immer noch nicht aufgeben will. Es ist Zeit, den Weg freizugeben. k.hammermann@volksfreund.de

Extra

Der **Flugplatz Bitburg GmbH** gehören der Tower und ein benachbartes Tanklager. Sie verfolgt seit zehn Jahren das Ziel, den Flugplatz in einen Flughafen zu verwandeln - und Aufsichtsratsvorsitzender Michael Billen hat

angekündigt, an diesem Ziel festzuhalten. Der Eifelkreis Bitburg-Prüm hält 37,89 Prozent und die Stadt Bitburg 16,32 Prozent der GmbH-Anteile. Frank Lamparski gehören 40,53 Prozent. Weitere Anteilseigner sind die Adolf Hess GmbH (2,63) sowie die Hermann Köppen KG (2,63 Prozent). Wie es mit der GmbH weitergeht, ist ungewiss. Wer aussteigen will, kann bis zum 30. Juni kündigen. Landrat Streit zufolge haben Stadt und Kreis nicht die nötige Mehrheit, um die GmbH aufzulösen. Wenn sie aussteigen, haben sie keinen Einfluss mehr. Streit rechnet damit, dass das jährliche Minus der GmbH die Privateigner zum Ausstieg bewegen wird. kah

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten